

## Netzwerk-News

## Österreich führt Mini-Gesundheitsfonds ein

Österreich hat im September 2009 die Einführung eines „Krankenkassen-Strukturfonds“ beschlossen. Damit reagiert die Politik auf die Wirtschaftskrise und das finanzielle Defizit bei den neun regionalen Gebietskrankenkassen, die 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung versichern. **Neben einem teilweisen Schuldenerlass von 450 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren will der Staat den Krankenkassen 2010 über den Fonds Steuermittel in Höhe von 100 Millionen Euro zahlen.** Diesen Zuschuss – insgesamt rund 0,7 Prozent ihrer derzeitigen Ausgaben – erhalten jedoch nur die Kassen, die sparen: Der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger hat auf Geheiß der Regierung ein Sanierungskonzept erarbeitet, das die Kassenausgaben von 2010 bis 2013 um rund 2,8 Prozent senken soll. Beinahe die Hälfte der Einsparungen sollen die Kassen über neue Verträge mit Ärzten und anderen Dienstleistern, beispielsweise Laboren, erzielen. Dazu sind unter anderem neue Versorgungsmodelle und erweiterte Öffnungszeiten der Praxen oder Disease-Management-Programme geplant. Rund die Hälfte der Kostenreduktion verspricht sich der Gesetzgeber allein von einem veränderten Ordnungsverhalten der Ärzte. Sowohl Ärzte als auch Patienten sollen finanzielle Anreize erhalten, wenn sie statt eines teuren ein vergleichbares preiswerteres Medikament wählen. Die Kassen sind zudem zu Einsparungen in ihrer Verwaltung aufgefordert. Experten sehen den Fonds nicht nur als kurzfristige Rettungsmaßnahme. Selbst wenn sich die ambitionierten Sparziele als unerreichbar erweisen sollten: **Der Fonds bietet für der Regierung auch langfristig die Möglichkeit, stärkeren Einfluss auf die bisher sehr autonomen Krankenkassen auszuüben.**

*G+G veröffentlicht exklusiv deutschsprachige Meldungen des „Internationalen Netzwerks Gesundheitspolitik“ ([www.hpm.org](http://www.hpm.org)) der Bertelsmann Stiftung. Der aktuelle Halbjahresbericht ist erschienen. Sophia Schlette/Kerstin Blum/Reinhard Busse (Hrsg.): Gesundheitspolitik in Industrieländern, Ausgabe 12. Verlag Bertelsmann Stiftung (20 Euro).*